

kommentar

Luxemburger Modell

(dw) - Lilli Rosenberg war ein kleines Mädchen, als sie 1939 im Zuge der so genannten Kindertransporte Deutschland verließ. Die einzige Überlebende ihrer Familie konnte vor wenigen Monaten mehrere Kunstgegenstände, die von Nachbarn aufbewahrt worden waren, zurückbekommen. Ein

Glücksfall: Nur selten sind solche Objekte wieder auffindbar. Zwar wurden manche dieser Möbel und Kunstgegenstände zerstört, viele davon wurden jedoch in ganz Europa verschleppt oder weiterverkauft. Sie schmücken heute noch Wohnzimmer oder bereichern die Kollektionen öffentlicher Museen. Unrechtmäßiger Besitz, dessen Rückgabe sich auch aus Zeitgründen aufdrängt. Denn die Raubopfer, sofern sie den Krieg überhaupt überlebt haben, drohen wegzusterven, bevor der "Wiedergutmachungs"-Prozess in Gang kommt.

Seit den Achtzigerjahren beschäftigt die Herkunftsforschung und Wiedererstattung von während des Zweiten Weltkriegs verlorenen oder geraubten Gütern wieder verstärkt HistorikerInnen, Politik und nicht zuletzt Betroffene. Hierzulande hat man es mit dieser Wiedergutmachung weniger eilig als in unseren Nachbarstaaten. Vielmehr wird einmal mehr das bewährte Luxemburger Modell "Erst mal abwarten was die andern machen" angewandt. In Frankreich wurden nach dem Bericht der Commission Matteoli schon 17.000 von 21.000 Dossiers abschließend behandelt, in Deutschland werden auf Websites Börsen für Gegenstände ungeklärter Herkunft eingerichtet, in Belgien hat die "Commission détudes des biens juifs" 2001 ihren Bericht an die Regierung abgegeben und eine Datenbank mit Informationen eingerichtet. In Luxemburg dagegen setzte die Regierung erst 2001 unter dem Druck einer Gesetzesinitiative des LSAP-Abgeordneten Ben Fayot eine "Commission des spoliations des bien juifs" ein, die seither nicht gerade vor Tatendrang strotzt.

Die Ausstellung "Le grand pillage" des Geschichtsmuseums der Stadt Luxemburg und das abschließende Kolloquium haben den Vergleich mit dem Ausland ermöglicht. Nicht nur hierzulande ist die Passivität von Politik und Institutionen erschreckend. Dass bislang keines der Luxemburger Museen eine systematische Durchsicht seiner Kollektionen unternommen hat, ist ebenso beschämend. Vor allem, wenn man weiß, dass etwa die Sammlungen des Landesmuseums zum größten Teil in den Jahren zwischen 1940 und 1944 zusammengekauft wurden: Das durch die Plünderungen und Zwangsverkäufe im Zweiten Weltkrieg explosionsartig angewachsene Angebot auf dem Kunstmarkt und ein zu Beginn der Nazizeit unbegrenztes Budget verhalfen dem Museum zum Ankauf von immerhin 5.000 Objekten. Wäre es da nicht überhaupt am "Musée national d'Histoire et d'Art" gewesen, die Initiative zu einer wissenschaftlichen Thematisierung der Plünderungen zu ergreifen, statt die delicate Aufgabe anderen zu überlassen?

Es wird höchste Zeit, dass die von Marie-Paule Jungblut während des Kolloquiums vom vergangenen Wochenende geforderten "gemeinsamen Forschungsstrategien von Museen und Archiven" endlich in die Wege geleitet werden. Dabei muss auch in Luxemburg die vom deutschen Kunsthistoriker Clemens Toussaint angesprochene, transparente, aktive und unterstützende Rolle der Institutionen gegenüber den Betroffenen zum Tragen kommen. Die Tatsache, dass das Landesmuseum nicht einmal bei diesem Kolloquium vertreten war, ist nicht nur völlig unverständlich, sondern hinsichtlich der Bedeutung dieses in Luxemburg bislang einzigartigen Events schlichtweg ein Skandal.

NS-RAUB & RESTITUTION

Keine Gesten der Gerechtigkeit



Noch sind nicht alle Schatten der NS-Herrschaft über Luxemburg beseitigt. (Bildquelle: Musée d'histoire de la ville de Luxembourg)

Bei einem internationalen Kolloquium über Nazi-Raubkunst konnten die luxemburgischen Institutionen wenig Neues vermelden.

(tf) - Öffentliche Erklärungen erinnern zuweilen an den Tonfall eines Schwurs. Zum Beispiel diese: "Luxemburg ist bereit, die internationalen Bemühungen für Wahrheit und Gerechtigkeit zu unterstützen. Deshalb werden wir danach streben, die Archive zu öffnen, um Raub und Plünderung ebenso wie Restitution und Kompensation zu dokumentieren." Das war Ende 1998.

Sieben Jahre später musste sich die luxemburgische Regierung vergangenes Wochenende an die zitierte Selbstverpflichtung erinnern lassen, die sie auf der Konferenz von Washington abgegeben hatte. Die Teilnehmerstaaten hatten damals erklärt, alles zu tun, um von den Nazis geraubte Güter den ursprünglichen Eigentümern und ihren Erben zurück zu geben. Nun haben WissenschaftlerInnen auf einem internationalen Kolloquium im "Centre Culturel de l'Abbaye Neumünster" versucht, eine vorläufige Bilanz zu ziehen.

Auch in Luxemburg wurde dem Faktor Kunst von den Nazis keine geringe Bedeutung beigegeben, wie die Ausstellung "Le grand pillage" im "Musée d'histoire de la ville de Luxembourg" zeigt. Einmal, weil die Nationalsozialisten die kulturelle Präsenz Deutschlands im Lande festigen wollten. Zum anderen aus handfesten materiellen Interessen. Gauleiter Gustav Simon, der zum "Chef der Zivilverwaltung"

ernannt worden war und sich laut dem Historiker Paul Dostert "wie ein kleiner Fürst" benahm, hatte jedoch auch ein Interesse daran, Kunstgegenstände in Luxemburg zu halten.

Im Dezember 1940 gründete er die so genannte Abteilung IVa zur "Verwaltung des jüdischen und Emigrantenvermögens". Um seinen geplanten Ausbau der Sammlung des Landesmuseums verwirklichen zu können, räumte Simon dem Museum ein Vorkaufsrecht auf sämtliche gehandelte Kunstgegenstände ein.

Private Händler gehörten ebenfalls zu den häufigen Kunden der Abteilung IVa. Händler, die auch geschäftliche Kontakte zum Landesmuseum hatten. Möglich, dass auf diese Weise die Herkunft der gekauften Güter verschleiert werden sollte. Jedenfalls sind während der Besatzungszeit etwa 5.000 Kunstwerke in die Sammlung des Landesmuseums gekommen. Deren Provenienz ist zum Teil ungeklärt.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass nur ein minimaler Teil der zum Zeitpunkt der Invasion in Luxemburg lebenden etwa 3.700 Juden, von denen rund 2.000 bereits aus Deutschland und anderen besetzten Ländern geflohen waren, wohlhabend war. Hier und in anderen Ländern ging es, wie die Pariser Geschichtsprofessorin Anne Grynberg unterstreicht, für die überwiegende Mehrheit um die bloße Existenz: "Die meisten waren beispielsweise Schneider oder Tuchhändler. Was ihnen geklaut wurde, waren also eher Nähmaschinen und Stoffrollen - die ihre Lebensgrundlage darstellten."

Kulturstaatssekretärin Octavie Modert gab sich bei ihrer Eröffnungsrede auf der Konferenz, die vom städtischen Museum anlässlich des Ausstellungsendes organisiert worden war, optimistisch: Zwar sei man in Luxemburg mit den nötigen Recherchen und Maßnahmen ein wenig in Verzug, "aber wir können dadurch von den Erfahrungen anderer Länder in Europa profitieren". So geduldig ist François Moyse vom israelitischen Konsistorium nicht. "Prinzipiell bin ich mit diesem Lernprozess einverstanden. Doch in manchen Ländern wurde die Arbeit schon vor fünf, sechs Jahren abgeschlossen."

Nach der Bestandsaufnahme der Geschädigten und der betreffenden Güter seien dort Kommissionen eingerichtet worden, die Anträge entgegennehmen um entweder für eine Rückerstattung des von den Nazis gestohlenen Eigentums zu sorgen oder eine Entschädigungszahlung zu ermöglichen. Die 2001 - drei Jahre nach dem Washingtoner Abkommen - ins Leben gerufene Luxemburger "Commission des spoliations" ist dagegen erst ein einziges Mal zusammengetreten. "Ansonsten gab es lediglich technische Treffen der Leh-

rer, die einmal pro Woche eine Unterrichtsstunde frei bekommen, um in den Archiven zu recherchieren", sagt Moyse, der gemeinsam mit drei weiteren Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in der Kommission sitzt. Nachdem die Regierung die Einrichtung einer solchen Kommission 1997 zunächst mit der Begründung ablehnte, die wenigen bestehenden Restforderungen könnten individuell abgehandelt werden, werden nun offenbar die finanziellen und personellen Ressourcen für ein zügiges Gelingen der Recherchen nicht bereitgestellt.

So musste, wer über die bisherigen Ergebnisse informiert werden wollte, auf dem Kolloquium erscheinen, wo Kommissionspräsident Paul Dostert einen ersten Einblick gab. Ende 2005 soll nun, nach vier Jahren, ein erster Bericht vorgelegt werden. "Darin wird aufgezeigt, wie und was beschlagnahmt worden ist, und wie das Ganze gelaufen ist", kündigt Dostert an. Auch dieser Zwischenbericht wird allerdings unvollständig sein. Die Akten der "dommages de guerre" mit den Entschädigungsanträgen der Luxemburger Juden - denn nur luxemburgische Staatsbürger wurden in der Nachkriegszeit entschädigt - sind in der Obhut des Nationalarchivs verschimmelt und verschmutzt. Die endlich in Auftrag gegebene Restaurierung des Datenmaterials verzögert sich seit mehr als einem Jahr. Dosterts Bitten an das Kulturministerium um mehr Geld und Personal sind, wie er sagt, ungehört verhallt.

Die Akten, die eventuell Bestandslisten über geraubtes Eigentum enthalten, bleiben deshalb vorerst ungenutzt, der angekündigte Bericht ist nur bedingt brauchbar. Man beuge sich mit der Publikation dem öffentlichen Druck, gibt Dostert freimütig zu und zeigt Verständnis für die Kritik.

Der zweite Bericht gehe der Frage nach, "wie und was entschädigt wurde", kündigt Dostert an. Empfehlungen an den Staatsminister könnten erst auf Grund dieses noch nicht einmal begonnenen Berichts getroffen werden, so Dostert: "Falls sich herausstellt, dass gewisse Leute nicht entschädigt worden sind." Dass bereits jetzt ein vorläufiger Entschädigungsfond eingerichtet wird, hält der Kommissionspräsident nicht für vorstellbar: "Auf welcher Grundlage man die Zahlungen berechnen?"

So bleibt für die jüdischen Opfer der NS-Politik in Luxemburg, unter ihnen vor allem jene ohne luxemburgischen Pass, die Anerkennung ihres materiellen Verlustes und des persönlichen Leids in weiter Ferne. Dabei wäre genau dies für die letzten Überlebenden ein wichtiger Schritt, wie François Moyse deutlich macht: "Es geht uns nicht um Schuldzuweisungen, sondern um eine Geste der Gerechtigkeit für unschuldige Menschen, die damals in Luxemburg gelitten haben."